

(A) **Dr. Günther Beckstein**, Ministerpräsident (Bayern):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vertrag von Lissabon ist nach meiner Überzeugung ein Fortschritt für Europa. Europa wird ein Stück weit handlungsfähiger und auch ein Stück weit demokratischer. Die von vielen Seiten befürchtete Lähmung Europas – die Volksabstimmungen in einigen Ländern sind gescheitert, und gleichzeitig ist die Erweiterung der EU erfolgt – ist vermieden worden. Die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 hat einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass eine Einigung erreicht worden ist. Die Einigung auf ein konkretes und umfassendes Mandat für die Regierungskonferenz beim EU-Gipfel im Juni 2007 hat die Grundlage für einen raschen und erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen über den Reformvertrag ermöglicht.

Ich stehe nicht an, der Bundesregierung **Anerkennung** für diesen großen Erfolg auszusprechen. Ich stehe auch nicht an, Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, hier ein öffentliches Lob auszusprechen. Sie haben ganz persönlich einen großen Anteil daran gehabt, dass dieser Durchbruch in Europa erzielt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wird gefährlich, Frau Merkel, wenn er Sie lobt!)

Es ist zwar ungewöhnlich, dass öffentliches Lob aus Bayern kommt,

(Zurufe von der SPD: Ja!)

(B) aber es war eine herausragende Leistung, und dann muss sie auch anerkannt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Weil der Freistaat den Vertrag von Lissabon insgesamt positiv bewertet, werden wir am 23. Mai im Bundesrat diesem Vertragswerk auch zustimmen. Es geht darum, die grundlegende Ordnung in der Europäischen Union für Frieden, Freiheit und Sicherheit zu erweitern, was die Geltung der Grundrechte und Grundwerte angeht, aber natürlich auch die Wettbewerbsordnung, die durchaus soziale Werte aufweist.

Auch dass wir eine gemeinsame **Währung** haben, ist ein Erfolg. Theo Waigel hat dafür gesorgt, dass die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen worden sind. Wir können in der aktuellen Situation froh darüber sein, dass wir in der EU einen so großen Anteil am Export in die Eurozone haben.

Das will ich hier hervorheben: Diese Dinge sind positiv.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber ich will auch ganz deutlich machen, dass Europa kein einheitlicher starker Staat werden darf. Die EU ist kein Bundesstaat; sie soll und darf kein solcher werden. Es darf nicht die Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland, aber auch nicht die Staatsqualität der Länder beeinträchtigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C) Ich empfehle jedermann, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Maastricht-Vertrag nachzulesen, in dem das Bundesverfassungsgericht uns allen ins Stammbuch geschrieben hat, was der Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes unterliegt. In ähnlicher Form gilt das auch für die Länder.

Wir müssen ganz deutlich machen, dass nicht jedes Problem in Europa ein Problem für Europa ist, das der Regelungskompetenz der Europäischen Union unterliegt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es gibt aber ganz eindeutig Bereiche, in denen mehr Europa gut ist. Im Bereich der **Außen- und Sicherheitspolitik** ist es gut, wenn Europa stark ist und mit einer Stimme sprechen kann, sodass wir auch in der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika unserem Partner gegenüber etwas selbstbewusster auftreten können. Wenn Europa einheitlich spricht, hat es mehr Einfluss auf die USA, und das kann der Politik für die ganze Welt nur guttun; die vergangenen Jahre haben das gezeigt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Kurt Bodewig [SPD])

Henry Kissinger hat immer gesagt, er vermisse die eine Telefonnummer, die er anrufen könne, wenn er die Haltung Europas wissen wolle. Dass es sie in der Zukunft geben wird, halten wir für einen Fortschritt; denn in diesen Bereichen brauchen wir mehr Europa.

(D) Dieses „Wir brauchen insoweit mehr Europa“ kann ich auch für den Bereich der **Menschenrechte** nur bestätigen. Es wäre gut gewesen, wenn im Zusammenhang mit dem olympischen Fackellauf – Stichwort „Tibet“ – die Haltung in Paris nicht anders gewesen wäre als die in Deutschland. Wir hätten mehr Chancen auf die Durchsetzung einheitlicher Menschenrechtsstandards, wenn die EU hier mit einer Stimme sprechen würde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Darum ist es gut, wenn wir hier Fortschritte haben.

Wir brauchen auch mehr Europa im Kampf gegen den **Terror**. Ich weiß, wovon ich rede. Ich war als Ländervertreter jahrelang Mitglied der europäischen Innen- und Justizministerrates. Ich kann nur sagen: Wenn die Grenzkontrollen wegfallen, muss es im Bereich der Polizei und der Sicherheit eine stärkere Zusammenarbeit geben. Wir brauchen dann ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus. Darum wird die Frage der Polizei- und Justizzusammenarbeit immer wichtiger. Dafür bietet der Vertrag den richtigen Rahmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch – ich stimme Ihnen, Herr Kollege Beck, da durchaus zu – mehr Europa bei der Gestaltung der **Globalisierung**. Wir Europäer haben ein Interesse daran, dass bei der Produktion von Waren und Dienstleistungen möglichst weltweit faire, das heißt auch vergleichbare Bedingungen herrschen, dass keine Ausbeutung von Kindern

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein (Bayern)

(A) erfolgt, dass Mindeststandards für Arbeitnehmer nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Ländern und Wirtschaftsräumen der Welt eingehalten werden, die mit uns konkurrieren. Solche Fragen können in den internationalen Gremien sehr viel besser und nachdrücklicher geregelt werden, wenn wir mit einer Stimme sprechen. Das ist zum Beispiel in der WTO ganz offensichtlich.

Das gilt aber auch für den Umgang mit geistigem Eigentum. Hier muss das Urheberrecht für Schutz und Respekt sorgen. Copy-Products stellen ein erhebliches Problem für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer in Deutschland dar. Hier kann ein gemeinsames Vorgehen Europas nur nützlich und richtig sein.

Ich füge hinzu: Natürlich muss auch die Bändigung der globalen Finanzmärkte ein Ziel sein. Dass es hier Defizite gibt, hat ja selbst Herr Ackermann vor kurzer Zeit überraschenderweise eingeräumt. Es ist völlig offensichtlich, dass ein europäisches Land hierbei weniger Möglichkeiten hat als ein Europa, das mit einer Stimme spricht. All diese Fortschritte erkenne ich an.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Selbstverständlich erfordern auch globale Probleme wie die Erderwärmung, also der Klimawandel, einheitliches europäisches Handeln. Zugleich müssen wir aber aufpassen, dass dieses einheitliche Handeln nicht einseitige Belastungen für die deutsche Wirtschaft mit sich bringt. Wir wissen, dass unsere französischen Freunde ihre eigenen Interessen immer sehr massiv vertreten. Wir wollen, dass der Wahrnehmung unserer Interessen zumindest dieselbe Bedeutung zugemessen wird.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist aber auch völlig eindeutig, dass nicht jedes Problem in Europa ein Problem für Europa sein darf. In diesem Zusammenhang habe ich einige kritische Anmerkungen zu machen. Es gibt viele Bereiche, für die es in der Tat bei uns – davon bin ich überzeugt – ortsnähere und bessere Lösungen gibt. Wir können gerne darüber streiten, ob die in Mainz, Schwerin oder in München gefundenen besser sind.

Sie, lieber Herr Kollege Beck, haben eben mit großem Stolz vom **Hambacher Fest** gesprochen. Sie waren allerdings außerordentlich fahrlässig im Umgang mit der historischen Wahrheit. Sie haben versucht, einen Gegensatz zwischen den Ereignissen in Hambach und in Bayern herzustellen. Zu jener Zeit war die Pfalz ein stolzer Teil des Freistaates Bayern!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Gerd Andres [SPD]: Königreich Bayern, nix Freistaat!)

Ich habe gerade noch einen Beitrag aus *Wikipedia* erhalten – das sind die Vorteile moderner Kommunikationsmittel –: Hier wird dargestellt, wie die Pfälzer ihre Sonderrechte, die sie im Freistaat Bayern hatten, aus Angst, sie in einem Land wie Rheinland-Pfalz zu verlieren, verteidigen wollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C) Ich habe den Eindruck, Herr Kollege Beck, dass noch heute mancher, der in der Pfalz lebt, der guten Zeit beim Freistaat Bayern nachtrauert.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das gilt insbesondere, wenn man sich die Haushaltsituation in Rheinland-Pfalz und im Freistaat Bayern, die Bildungschancen oder die Erfolge im Exzellenzwettbewerb der Hochschulen vor Augen führt.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Ministerpräsident, möchten Sie diese wichtigen historischen Zusammenhänge durch die Antwort auf eine Zwischenfrage weiter vertiefen?

Dr. Günther Beckstein, Ministerpräsident (Bayern):
Ja.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Carl-Christian Dressel (SPD):

Danke, Herr Präsident. – Herr Ministerpräsident, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es zum Zeitpunkt des Hambacher Festes noch keinen Freistaat Bayern, sondern ein Königreich Bayern gab? Einen Freistaat Bayern gibt es erst seit 1918.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Dr. Günther Beckstein, Ministerpräsident (Bayern):
Geschätzter Herr Kollege, ich habe diese Zwischenfrage längst erwartet.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie ermöglicht mir die weitere Bemerkung, dass im Königreich Bayern die Pfalz nur als eine Provinz angesehen worden ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Gerd Andres [SPD]: Was sagt uns das jetzt über das demokratische Königreich Bayern?)

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf die Kompetenzen – das war der ernste Hintergrund – zurückkommen. Selbstverständlich müssen wir sehen, dass der Vertrag von Lissabon die **Kompetenzen** leider nur sehr schwammig regelt, woraus Gefahren entstehen können, nämlich dass die EU in manchen Bereichen äußerst umfangreiche Regelungen vornehmen kann, die wir besser auf nationaler Ebene oder auf der Ebene der Länder geregelt sehen. Für bestimmte Bereiche ist meiner Meinung nach zu Unrecht eine Kompetenz für die Europäische Union vorgesehen. Warum muss die EU eine Kompetenz im Bereich des Sports, des Tourismus oder der Daseinsvorsorge haben? Ich finde, dass eine kommunale Wasserversorgung nicht von Brüssel aus in Gefahr gebracht werden darf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das Gleiche gilt für den Bereich Asyl oder Zuwanderung, wofür es in den verschiedenen Nationen in Europa höchst unterschiedliche Interessen gibt. Aus meiner Sicht ist es falsch, wenn das alles einheitlich von Brüssel aus geregelt werden sollte. Von daher müssen wir auf diese Fragen mehr achten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, der Vertrag von Lissabon hat auch in einem weiteren Bereich Fortschritte gebracht, was ich für unabdingbar notwendig halte, nämlich dass rechtzeitig die Bürgerinnen und Bürger über die nationalen Parlamente bei der Beantwortung der Frage, was von Europa aus geregelt wird, eingebunden werden. Wir alle haben doch in der Vergangenheit immer wieder beklagt, dass das, was im Deutschen Bundestag und im Bundesrat nicht durchsetzbar war, über die Seilschaften in Brüssel auf den Weg gebracht worden ist. Wenn wir es dann umsetzen mussten, war der Zorn der Bürger groß. Hier ist es notwendig, dass frühzeitig eine große **Transparenz** erfolgt. Diese Transparenz wird durch frühzeitige Information und Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente, auch des Bundesrats, hergestellt. Dadurch sind wir an Gesetzgebungsvorhaben und europäischen Vorhaben frühzeitig beteiligt. Das ist ein Stück Fortschritt. Damit wird ein Stück mehr Transparenz – Transparenz ist die Voraussetzung für Bürgernähe – erreicht.

Es gibt auch einen weiteren Fortschritt im Bereich der **Subsidiarität**. Die Subsidiarität als Ordnungsprinzip ist eine der entscheidenden Fragen; dies entspricht auch der Mentalität Europas. Europa ist gekennzeichnet durch eine ganz besondere Betonung der Individualität des Menschen. Anders als zum Beispiel in der chinesischen Kultur ist die Persönlichkeit des Einzelnen der Mittelpunkt der staatlichen Ordnung. Dazu zählt auch, dass ortsnahe Regelungen besser sind als zentrale Regelungen. Dieses Prinzip der Subsidiarität wird in Europa jedenfalls vom Prinzip her anerkannt. Aus diesem Grunde gibt es Klagerechte für den Deutschen Bundestag, für den Ausschuss der Regionen und für den Bundesrat. Ich halte es für wichtig – das will ich hier öffentlich erklären –, dass man im Bundesrat übereingekommen ist, dass, wenn ein Land eine Klage einreichen will, diese Klage auch eingereicht wird. Ursprünglich wollten wir ja das Klagerecht für jedes Land als eigenes Recht. Das bedeutet: Im Normalfall wird, wenn ein Land eine Klage wegen Verstößes gegen das Subsidiaritätsprinzip vor dem Europäischen Gerichtshof einreichen will, Klage erhoben.

Ich sage hierzu: Bayern wird der Wächter der Subsidiarität sein

(Zurufe von der SPD: Hoi!)

und wird auch nicht zögern, beim Europäischen Gerichtshof Klagen einzureichen; denn wir wollen keinen überbordenden Zentralismus in Europa haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir sind für diese grundlegende **Friedensordnung** und auch für diese **Wirtschafts- und Sozialordnung** in Europa. Der Lissabon-

ner Vertrag bietet hierfür einen geeigneten Rahmen. Es wird an uns allen liegen, dafür zu sorgen, dass dieser Rahmen in einer bestmöglichen Weise ausgefüllt wird, um Transparenz, Bürgernähe, mehr Demokratie und mehr Respekt vor der Unterschiedlichkeit der verschiedenen Nationen und Länder in Europa Realität werden zu lassen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die Europäische Union bei den Bürgern ein Stück mehr ankommt.

Wir wollen Europa, aber nicht als eine überbordende Bürokratie. Wir erleiden zu viel Bürokratie in Europa. Wenn über ein fußballfeldgroßes FFH-Gebiet nicht in einem Landratsamt, in der Staatsregierung in München oder im Bundesumweltministerium in Berlin, sondern in Brüssel und Straßburg entschieden wird, von Leuten, die dieses Stück Landschaft niemals gesehen haben, dann ist das ein Fehler. Wir wollen die Friedensordnung in Europa; aber dafür müssen Subsidiarität und Eigenstaatlichkeit von Bund und Ländern die Grundlage sein.

Unter diesen Umständen und Voraussetzungen stimmen wir zu und werden in der Zukunft die Wächter der Subsidiarität sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)